

Nach oben schielen, nach unten treten – oder anders: **Solidarisch mit den Forderungen zur Tariferhöhung!**

Systemrelevant, unterbezahlt, Personalmangel, meist schlechte Arbeitsbedingungen – das war das erste große Corona-Fazit (fast) aller zu den Jobs der Erzieher*innen, Pflegekräfte, Müllwerker*innen, Busfahrer*innen und Jobcenterbeschäftigte. Sie haben in der Krise das öffentliche Leben aufrechterhalten und oftmals gesundheitliche Risiken für sich in Kauf nehmen müssen. Anders als viele andere gut bezahlte im Management, in Banken und Konzernen. Wie kann die Wertschätzung für die »Systemrelevanten« gestärkt werden? Dabei geht es auch darum, durch attraktive Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung Beschäftigte in diesen Berufen zu gewinnen und zu halten. Die Haushaltslage vieler Kommunen macht gute Tarifabschlüsse zu keiner Selbstverständlichkeit. Andererseits wurden für Unternehmenshilfen in der Krise hunderte Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, wo gar nicht diskutiert wurde, ob das finanzierbar ist. Einen Schlusstrich jetzt bei den Einkommen der Beschäftigten zu ziehen, ist willkürlich. Zumal höhere Einkommen immer auch als Nachfrage wirksam werden und so die Konjunktur stützen. Dies gilt umso stärker für die Steigerung niedriger Einkommen.

DIE LINKE sagt: öffentlich ist wesentlich! Öffentliche Leistungen müssen bedarfsgerecht finanziert werden. Die Beschäftigten verdienen gute Löhne und Arbeitsbedingungen.

So sichern wir die ausreichende Finanzierung der Tariferhöhungen:

- (kurzfristig) bessere Ausstattung der Kommunen durch den Bund, Stichwort Konjunkturpaket;
- Erhöhung der Grundentgelte für Pflegekräfte um 500 Euro per Sonderfonds im Bundeshaushalt für öffentliche und gemeinnützige Krankenhäuser, die keine Gewinne erwirtschaften; private Einrichtungen zahlen die Erhöhung der Löhne

aus den Profiten, die sie jahrelang auf Kosten der Beschäftigten und der Allgemeinheit erzielten;

- höhere Löhne und günstigere Tickets im ÖPNV über eine Nahverkehrsabgabe nach französischem und österreichischem Vorbild: Unternehmen profitieren unmittelbar vom ÖPNV für den Transport ihrer Beschäftigten und Kund*innen, beteiligen sich bisher aber nicht an dessen Finanzierung – der Bund muss die rechtlichen Voraussetzungen für eine kommunale Unternehmensabgabe schaffen.

So stärken wir verlässlich die Finanzierung der Kommunen:

- Umwandlung der Gewerbe- in eine Gemeindefinanzierungssteuer, die auch Pachten, Mieten, Leasingraten, Lizenzgebühren sowie gutverdienende Selbstständige und Freiberufler einbezieht. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Das schafft Mehreinnahmen für die Kommunen von 15 Milliarden Euro.

- Entschuldung der Kommunen durch einen Altschuldenfonds unter Beteiligung von Bund und Ländern.

- Wenn der Bund Aufgaben für die Kommunen beschließt, muss er die Finanzierung tragen.

- Entlastung der Kommunen von sozialen Aufgaben: Für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung, die Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche, Kosten der Sozialhilfe und für die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Beziehende muss der Bund die Finanzierung übernehmen.

So sichern wir gesamtgesellschaftlich die ausreichende Finanzierung öffentlicher Leistungen:

- einmalige Vermögensabgabe von mindestens zehn Prozent auf alle

Vermögen oberhalb von 1,5 Millionen Euro;

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Höhe von fünf Prozent auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro. Die Einnahmen gehen an die Bundesländer, diese sind für die Kommunen verantwortlich.

- Abschaffung der Abgeltungssteuer: Besteuerung von Kapitaleinkünften mit dem persönlichen Einkommensteuersatz. Die Gleichbehandlung von Kapitaleinkommen mit anderen Einkommen ist gerecht.

- Weg mit den Fallpauschalen! Die Erstattung der tatsächlich anfallenden Kosten sichert die ausreichende Finanzierung kommunaler Krankenhäuser. Profite können verboten werden. So verbleibt das Geld der Sozialversicherung im Gesundheitssystem für die Behandlung der Patient*innen sowie gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, statt in die Gewinne von Aktionären umgeleitet zu werden.

- Eine solidarische Krankenversicherung in die alle mit allen Einkommen einzahlen ohne Beitragsbemessungsgrenze: Es ist gerecht, dass alle Einkommen zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen, auch Dividenden, Mieteinnahmen, die Einkommen von Selbstständigen, Beamt*innen und Politiker*innen.

- Gewinne in Pflegeheimen müssen verboten werden – diese gehen zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der kommunalen Kassen.

- Streichung des Kreditaufnahmeverbots der sogenannten »Schuldenbremse«, um endlich wieder die langfristige Finanzierung öffentlicher Ausgaben durch Kredite zu ermöglichen. Die Bezeichnung als »Schulden« führt in die Irre.

Felix Thier, mit Auszügen aus den Positionen der LINKEN

Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

Munter demonstriert wurde in letzter Zeit für persönliche Freiheiten, manche fühlen sich eingeschränkt mit der Pflicht zum Tragen einer Maske. Andere Menschen sind seit Monaten in Alten- und Pflegeheimen isoliert, weil für sie die Gefahr einer Ansteckung droht. Was ist die größere Last für das Individuum? Unsere Verfassung garantiert die freie Entfaltung – aber für alle! Einschränkungen für Einzelne zum Wohle aller sind möglich. Und über was reden wir hier eigentlich? Abstand halten im direkten Kontakt und tragen einer Mund-Nase-Bedeckung. Querdenker*innen, besorgte Bürger*innen, AfD-Wählende glauben, ihre Grundrechte seien in Gefahr, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt – »Das darf man ja hierzulande nicht mehr offen aussprechen.« Doch, darf man! Man darf hier auch »Merkel muss weg!« rufen, man darf der Meinung sein, dass es besser ist, wenn Menschen im Mittelmeer ersaufen, als sie »alle hier rein zu lassen«. Man darf glauben, dass Corona nicht schlimmer als Grippe sei und das laut sagen. Dafür wird man nicht verhaftet oder von Geheimdiensten ermordet. Wir haben hier Meinungsfreiheit! Das heißt aber nicht, dass man den Vorgenannten nicht widersprechen darf. Denn auch das ist Meinungsfreiheit. Wenn diese Leute Seite an Seite mit Reichsbürger*innen und NPD auf Demos sind und meinen, Corona sei nur Panikmache, darf man der Meinung sein, dass sie Nazis und »Covidioten« sind.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Ohne Gerechtigkeit zwischen Ost und West ist die Wiedervereinigung unvollständig

Bei der Wiedervereinigung vor 30 Jahren waren die Hoffnungen so groß, wie die blumigen Versprechen westdeutscher Politiker*innen. Viele positive Veränderungen sind auch eingetreten, aber es gab auch einen Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft, der bis heute nachwirkt und von gleichwertigen Lebensverhält-

nissen kann keine Rede sein. Denn immer noch verdienen Menschen in Ostdeutschland im Durchschnitt viel weniger als in Westdeutschland, obwohl sie sogar mehr arbeiten. Selbst für viele Tarifverträge gilt immer noch, dass im Osten länger und für weniger Geld gearbeitet werden muss, als für den gleichen Arbeitsplatz im Westen. Rentenpunkte im Osten sind weniger wert, selbst die Mütterrente ist niedriger. Das ist Diskriminierung, nichts Anderes.

Völlig inakzeptabel ist auch, dass sich Ostdeutsche kaum unter den Eliten wiederfinden, die in allen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Entscheidungen treffen. Gesamtdeutsch sind sie dort weniger als zwei Prozent vertreten, aber selbst im Osten machen sie nur ca. ein Drittel der Top-Führungspositionen aus, seit 2004 sinken diese Zahlen sogar, anstatt endlich auf ein Maß zu steigen, das ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Nur eine der 81 öffentlich-rechtlichen Hochschulen hat eine*n Rektor*in aus dem Osten, nur eine einzige Posi-



Jesco Denzel

BUNDESTAG UND KOMMUNE

tion an Obersten Gerichten ist von Ostdeutschen besetzt – und beide Posten wurden erst in den letzten Monaten besetzt. Wie will man so erreichen, dass Ostdeutsche sich als gleichberechtigt empfinden und erkennen, dass ihre Interessen vertreten werden?

Ein weiteres Problem ist die Verdrängung der DDR-Geschichte in der Erinnerungskultur. Wer möchte, dass der Eindruck einer Annexion statt einer Wiedervereinigung auf Augenhöhe verschwindet, darf den Osten nicht vergessen, wenn von deutscher Geschichte die Rede ist. Nein, liebe Medien, in Deutschland gibt es den

Notruf 110 nicht erst seit 1973, eine Botschaft in der Mongolei nicht erst seit 1990 und Ehemänner durften ihren Frauen nicht bis 1978 das Arbeiten verbieten. Das gilt alles nur für Westdeutschland, denn in der DDR gab es den Notruf schon seit 1958, eine Botschaft in der Mongolei seit 1953 und seit 1949 konnten Frauen allein über ihre Arbeit entscheiden. Die DDR war auch Deutschland und es wird Zeit, dass sie nicht ständig vergessen wird.

Mit der Linksfraktion im Bundestag setze ich mich unermüdlich dafür ein, dass all diese Benachteiligungen endlich verschwinden.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227 731 07
Telefax: 030/227 761 07
E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER

Wer zahlt die Kosten die Krise? Kommentar zu den aktuellen Tarifaueinandersetzungen

Bei den momentanen Tarifaueinandersetzungen geht es um mehr als ein bisschen mehr Lohn für die Angestellten. Es geht um die Frage, wer für die Kosten der Krise zahlt. Als im April und Mai diesen Jahres bundesweit Bundestagsabgeordnete, Ministerpräsident*innen und Oberbürgermeister*innen dazu aufriefen für die Beschäftigten in den gerade neuentdeckten systemrelevanten Berufen zu klatschen, mochte man seinen Augen und Ohren kaum trauen. Würde nun endlich Pfleger*innen, Busfahrer*innen und Müllmännern und -frauen jene Anerkennung zu teil, die ihnen jahrelang verwehrt wurde? Die Antwort besteht mit Blick auf die

aktuellen Tarifaueinandersetzungen wohl in einem deutlichen Nein. Statt den Gewerkschaften einen Corona-Zuschlag anzubieten, fordern die kommunalen Arbeitgeber*innen von den Angestellten der Gesundheitsdienste, den Kita-Erzieher*innen und weiteren Angestellten des Öffentlichen Dienstes eine Nullrunde – und zwar nicht nur für dieses Jahr. Die Beschäftigten sollen ganze vier Jahre auf Lohnerhöhungen verzichten. Flankiert wird diese Dreistigkeit von Stimmen, die ausgerechnet denen, die während der Corona-Krise den Laden am Laufen hielten, mangelnde Zurückhaltung vorwerfen. Zynisch könnte man annehmen, die Stilisierung der Angestellten zu den Märtyrer*innen der Corona-Krise setzt sich nun konsequent fort. Denn wer sich aufopfert, darf es nicht wagen, aufzumucken. Von der gerade noch gepriesenen Systemrelevanz vieler Berufe ist nur noch übrig, dass die Arbeitgeber*innen darauf beharren,



privat

BUNDESTAG UND KOMMUNE

dass die Unterbezahlung in diesen Bereichen für sie systemrelevant ist. Die finanzielle Anerkennung für Beschäftigte, die uns in der Corona-Krise sprichwörtlich den Arsch gerettet haben, ist sicherlich ein zentraler Punkt in den Tarifaueinandersetzungen. Wie wichtig unsere Unterstützung als LINKE für die Beschäftigten ist, konnte ich bei Streikversammlungen bei der ViP, der Potsdamer Stadtentsorgung und vor dem Potsdamer Rathaus erfahren. Die Streikenden haben sich wirklich gefreut, dass wir in persönlichen Gesprächen, über kleine Gesten wie das Mitbringen von Kaffee oder in kurzen Redebeiträgen unsere Solidarität deutlich gemacht haben.

Es geht bei den derzeitigen Auseinandersetzungen aber um noch mehr als höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen: Es geht ganz grundsätzlich um die Frage, wer

am Ende die Krisenkosten tragen muss. Die Antwort der Arbeitgeber*innen und der Bundesregierung ist klar. Die Beschäftigten in allen Bereichen sollen durch Lohnverzicht und Mehrarbeit für die Krise bezahlen, während die Reichen und großen Unternehmen sich vor zusätzlichen Steuern keine Sorgen machen brauchen. Dem müssen wir ein gesellschaftliches Bündnis entgegensetzen, das sich für eine gänzlich andere Verteilung der Krisenkosten einsetzt. Wie dies gelingen kann, ist zurzeit bei den Konflikten um einen Tarifvertrag im Nahverkehr zu beobachten. Hier haben sich Fridays for Future, Umweltverbände, attac und weitere an die Seite der Busfahrer*innen gestellt und fordern sowohl eine bessere Bezahlung, als auch eine echte Verkehrswende.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de





VON FELIX THIER

Europäisches Frühstück

Der Landesbauernverband Brandenburg (LBV) hatte Helmut Scholz am 28. August zum Europäischen Frühstück auf den Hof Schreinecke nach Stücken, Landkreis Potsdam-Mittelmark, eingeladen. Der Termin diente dem Positionsaustausch und der gegenseitigen Information, Anlass war das EU-Agrarminister*inentreffen in Koblenz im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Einleitende Worte kamen durch den Präsidenten des LBV, Henrik Wendorff, welcher die Positionen des LBV in sieben Kernanliegen zusammenfasste und dabei maßgeblich auf die Rahmenbedingungen zur Wettbewerbsgleichheit und zur Produktionssicherheit abstellte. Helmut Scholz wiederum begrüßte die Kernanliegen und fand darin

durchaus Übereinstimmungen zu Positionen der LINKEN. Er erinnerte daran, dass politische Mehrheiten jenseits der Linken sich seinerzeit bei der Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik bewusst für die Ausrichtung auf den Weltmarkt entschieden hatten. Der EU-Agrarmarkt sollte weltmarktfähig sein, Agrargüter aus den EU-Staaten sollten in die Welt exportiert werden – und mussten dafür natürlich vorab in Größenordnungen erzeugt werden. Bei der Ausgestaltung der globalen Märkte, beim Welthandel und international verkehrender und gehandelter Güter zeige sich nun aber auch die Kehrseite, Stichwort Preisdumping und Konkurrenzdruck. Und das wird dem Agrarsektor nun besonders bewusst mit Blick auf das Handelsabkommen EU-MERCOSUR (Lateinamerika). Scholz mahnte daher den LBV eindringlich, die eigenen Positionen auch an die EU-Kommission zu geben, da für diesen Herbst die Überprüfung der EU-Handelspolitik, Stichwort handelspolitische Strategie, anstünde.

Beim Thema Abbau der Bürokratie waren sich alle Beteiligten in der Runde schnell einig. Interessant ist an dieser Stelle aber auch die Frage, wem die Bürokratie denn nütze. Große Firmen und Konzerne können ganze Abteilungen sich mit

bürokratischen Regeln befassen lassen. Kleine, regionale Betriebe vor Ort haben das Nachsehen. Auch das befördert letztlich also den Strukturwandel, hin zu immer mehr, alles entscheidenden, Großkonzernen. Mit Ausprägungen und den bekannten Folgen für die Wirtschaft, Stichwort Konzern Tönnies. Analog findet man die negativen Wirkungen marktbeherrschender Konzernstrukturen übrigens auch im Einzelhandel. Vier große Einzelhandelsketten diktieren den Bäuerinnen und Bauern Preise – und damit gewissermaßen auch die Produktionsweise.

Bei der Bürokratie sollte man sich fragen, ob es bei der Aufstellung (und Umsetzung) von Regeln um das Erreichen von Zielen oder nur noch um die penetrante Umsetzung von Gesetzen gehe. Das Problem sei doch, so der LBV, dass Natur und Landwirtschaft variabel sind und sich an Gegebenheiten vor Ort ausrichten. Es bringt nichts, wenn Verwaltungen versuchen, die Natur in Regeln zu pressen. Sind die klimatischen Rahmenbedingungen, als direkte Einflussgröße auf die Agrargüter, im Süden der EU überhaupt mit denen im Osten oder im Norden vergleichbar? Macht es Sinn, wenn sich 27 nationale Regierungen auf EU-Ebene per Kompromiss eini-

gen und versuchen, die Agrarpolitik unter einen Hut zubekommen? Und dann wiederum in ihren nationalen Gesetzen Ausführungsregelungen erlassen und diese dann in Bundesländern bzw. Regionalstrukturen noch weiter ausdekliniert lassen? Wäre es an dieser Stelle nicht Zeit zur Überprüfung der EU-Verträge? Zentralisiert auf alleinige Kompetenz durch die EU oder regionalisiert auf die EU-Mitgliedstaaten zurück? Was ist dann aber mit der Wettbewerbsgleichheit, den Rahmenbedingungen für die Produktion? Vom Bestehen auf dem Weltmarkt ganz zu schweigen. Aber gehören Agrargüter überhaupt auf den Weltmarkt? Müssen Äpfel über den Ozean ans andere Ende der Welt? Sind Tiertransporte über tausende Kilometer ethisch vertretbar? Sind nicht regionale Erzeugungs- und Stoffkreisläufe das sinnvollste? Und das alles erst recht betrachtet unter dem Aspekt des Klimaschutzes.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227 718 90

Telefax: 030/227 768 19

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

VON ISABELLE VANDRÉ

Solidarisch aus der Krise

Während das volle Ausmaß der Corona-Krise noch nicht abschätzbar ist, laufen die Verteilungskämpfe längst auf Hochtouren. Vom Gesundheits- über das Bildungssystem und die Arbeitsmarktpolitik, bis zum Umgang mit unseren Kommunen und zur Mobilität: überall hat die Krise gesellschaftliche Widersprüche und Defizite sichtbar gemacht und verstärkt. Als Landtagsfraktion der LINKEN wollen wir verhindern, dass die Krisenkosten zu Lasten der Bevölkerung gehen. Wir sind der Überzeugung, dass die Krise Anlass sein muss, um gesellschaftliche Fragen neu zu betrachten, die soziale Infrastruktur in unserem Land zu stärken und jetzt radikal zu handeln. Aus diesem Grund haben wir ein Papier erarbeitet, das aufweist, wie wir solidarisch aus der Krise kommen können. Als Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik, Kultur-, Hochschul- und Wohnungspolitik

liegen mir folgende Punkte besonders am Herzen:

Egal ob Kinos, Festivals oder Clubs: die Kunst- und Kreativwirtschaft ist essentiell. Ihre Existenz langfristig sichern heißt auch, die Fördermodalitäten der Kultur zu überarbeiten und zu öffnen, Bürokratie abbauen, sowie je nach Pandemie-Entwicklung, kreative Lösungen und Veranstaltungsmöglichkeiten ermöglichen. Neben der Überprüfung der Infektionsschutzmaßnahmen durch Veranstalter*innen, Gastronom*innen und Kulturschaffende sollten die Behörden darauf abzielen, dass auch die Bürger*innen ihrer Eigenverantwortung nachkommen.

In der Krise wurde deutlich: die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist systemrelevant! Dabei geht es nicht nur um die Wirksamkeit von Hilfesystemen für Kinder und Jugendliche, sondern auch um die Wahrung ihrer Interessen und die Absicherung ihrer Teilhabe. Hier müssen dringend Schlüsse aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie gezogen werden. Die Lebenswelt von Kindern



LANDTAG UND KOMMUNE

und Jugendlichen darf nicht erneut auf deren Beschulung und Schutz reduziert werden. Außerdem müssen Kita-Plätze für alle Kinder, ganztags und flexibel vorgehalten werden und sie müssen endlich vollständig gebührenfrei sein!

Mit coronabedingten finanziellen Notlagen spitzt sich auch die Mietenproblematik zu. Daher wollen wir mit Landesmitteln ein Krisenhilfsprogramm »Soziales Wohnen« auflegen, das Mieter*innen vor Kündigung auf Grund krisenbedingter Mietschulden schützt und verhindert, dass soziale Wohnungsbauvorhaben abgesagt werden. Eine Bodensicherungsstra-

tegie, mit der öffentlicher Grund und Boden dauerhaft in öffentlichem Eigentum bleibt, soll erarbeitet werden. Zudem braucht es eine Verbesserung im sozialen Wohnungsbau durch längere Mietpreis- und Belegungsbindungen sowie einen höheren Anteil an Zuschüssen. Und die Gründung einer Landeswohnungsbau-gesellschaft soll geprüft werden.

Das vollständige Papier ist aufrufbar unter www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/sozialstart/praeambel

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.

im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331/9661533

E-Mail: isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/isabelle.vandre](https://www.facebook.com/isabelle.vandre)

Unsere Direktkandidaten für die Bundestagswahl



Wer einen sozial-ökologischen Wandel will, muss im Wahlkreis 61 DIE LINKE wählen

Am 5. September 2020 haben wir als LINKE im Potsdamer Karl-Liebknecht-Stadion Norbert Müller erneut zu unserem Direktkandidaten im Wahlkreis 61 für die Bundestagswahl 2021 gewählt. Zum Wahlkreis gehört neben Potsdam und Teilen von Potsdam-Mittelmark auch Ludwigfelde. Linksblick befragte Norbert zu den Schwerpunkten des anstehenden Bundestagswahlkampfes.

Linksblick: Norbert, erst mal herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl. Was sind aus Deiner Sicht die drängenden Themen, auf die es im nächsten Jahr ankommt?
NM: Ja, danke erstmal für die Glückwünsche und die Unterstützung. Wenn wir über das kommende Jahr sprechen, müssen wir erstmal auf dieses Jahr zurückschauen. Nach dem Corona-Lockdown wurden bundesweit die Beschäftigten in der Pflege, den Krankenhäusern und den öffentlichen Verwaltungen für ihren Einsatz beklatscht. Jetzt, wo genau diese Gruppen einen höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen fordern, wollen die Arbeitgeber sie mit einem feuchten Händedruck nach Hause schicken. Das geht nicht! Es ist unanständig und eine Frechheit, dass die Kosten der Krise auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Und genau diese Frage »Wer bezahlt eigentlich für die Krise?« wird sicherlich eine der prägenden Auseinandersetzungen im nächsten Jahr.
Linksblick: Und was ist Deine Antwort darauf?

NM: Für uns als LINKE ist klar: Die Reichen und Superreichen sollen über höhere Steuern und Sonderabgaben die Krisenkosten tragen. In diesem Land gibt es so viel Reichtum, der müsste nur gerecht umverteilt werden. In der Krise gibt es auch Gewinner – wie der Amazon-Chef Jeff Bezos, der sein Milliardenvermögen fast verdoppelt hat. Wenn diese Gewinne ordentlich besteuert würden, wäre es auch kein Problem der Bus-

fahrerin und dem Krankenpfleger einen besseren Lohn zu bezahlen. Aber da trauen sich die Regierenden nicht ran. Das ist aber dringend notwendig. Wenn wir seit Jahren offensichtliche Probleme wie beispielsweise den Pflegenotstand oder die Klimakrise ernsthaft angehen wollen, braucht es mehr öffentliche Investitionen. Deswegen werden wir im Bundestagswahlkampf auch die öffentliche Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellen.

Linksblick: Im Wahlkreis 61 werden auch Annalena Baerbock für die Grünen und vermutlich auch Olaf Scholz für die SPD antreten. Was unterscheidet dich von beiden?
NM: Ich bin der einzige, der für einen tatsächlichen Politikwechsel streitet. Sowohl Baerbock, als auch Scholz bewerben sich ja im Grunde um die Vizekanzlerschaft unter der Union. Mit der Union wird es aber keinen Politikwechsel geben, der Klimaschutz mit den Interessen der Beschäftigten vereint. Wer einen sozial-ökologischen Wandel will, muss im Wahlkreis 61 DIE LINKE wählen.

» Norbert Müller wurde am 5. September 2020 im Potsdamer Karl-Liebknecht-Stadion mit 58,6 Prozent von Mitgliedern aus Potsdam, PM und TF als Direktkandidat der LINKEN für den Wahlkreis 61 Zur Bundestagswahl 2021 gewählt. Damit setzte er sich bereits im ersten Wahlgang gegen Ronald Pienkny (32,5 Prozent) und Stefan Roth (8,9 Prozent) durch.



Tobias Bank ist Jahrgang 1985, Politik- und Verwaltungswissenschaftler sowie Historiker und vertritt das Land Brandenburg im Bundesvorstand seiner Partei. Seit 2008 ist er Gemeindevertreter und seit 2010 Kreisratsabgeordneter. In seiner Freizeit kuratiert er Ausstellungen zu zeitgeschichtlichen Themen, sammelt Medaillen aus der DDR und ist ein leidenschaftlicher Wanderer.

Für mehr Gerechtigkeit in der Stadt und auf dem Land

In Deutschland kommen die 119 Milliarden aktuell auf ein Gesamtvermögen von 595 Milliarden Dollar, während es im Frühjahr 2019 noch rund 501 Milliarden waren. Das heißt, dass innerhalb von ca. 18 Monaten und trotz der Corona-Pandemie weniger als 120 Menschen in Deutschland ihr Vermögen um 94 Milliarden steigern konnten. Andererseits sind mehr als ein Fünftel der Kinder in Deutschland arm oder von Armut bedroht. Auch bei den über 65-Jährigen sind fast ein Fünftel arm oder von Armut bedroht, weil die Rente nur gerade so zum Leben reicht. Zudem fehlt es an Pflegekräften und Erzieher*innen. Wir haben marode Schulen und können nicht jedem Kind ein warmes Mittagessen garantieren. Viele Krankenhäuser können nur gerade so dem Privatisierungsdruck standhalten. Die Busfahrer*innen Brandenburgs sind die mit am schlechtesten bezahlten in ganz Deutschland und kämpfen zu Recht für einen bundesweiten Manteltarifvertrag. Wer nach diesen Zahlen noch ernsthaft in Zweifel zieht, dass es eine Vermögenssteuer sowie eine gerechte Erbschaftsteuer braucht, der sollte mal mit offenen Augen durch Brandenburg laufen. Gerechtigkeit heißt, dass sich auch die Superreichen mit einem entsprechendem Anteil beteiligen müssen. Im Übrigen ist das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung für 15 Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Und die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind für die Hälfte aller CO₂-Emissionen überhaupt verantwortlich. Privatjets und Luxusjachten haben ihren Preis, nur dass die Folgen für das Klima alle bezahlen müssen. Die Klimafrage ist also eine Gerechtigkeitsfrage. DIE LINKE braucht dabei nicht grüner zu werden als die Grünen, sie braucht nur ihrer Sache treu bleiben, denn ungezügelter Profitgier geht immer zu Lasten von Mensch und Umwelt. Das haben die Grünen bei ihrer Wirtschaftspolitik bisher vergessen und es wird Zeit, sie daran zu erinnern.

Den ländlichen Raum nicht vergessen

Für mich haben Städte und Dörfer die gleiche Wertigkeit. Auch der ländliche Raum hat ein Recht auf Handynetz, einen guten Öffentlichen

Personennahverkehr und eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Armut kennt keinen Unterschied zwischen Stadt und Land, das Recht auf Wohnen ebenso wenig und krank werden die Menschen leider überall. Meine Aufgabe als möglicher Bundestagsabgeordneter ist es, dafür zu sorgen, dass es eine Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands gibt. Ärmere Kommunen dürfen nicht von den Gnaden weniger Investoren abhängig sein, denn der Kampf um die Privatisierung von Boden, letztendlich die Frage des Eigentums, findet täglich statt. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Kommunen den Kampf um Boden gegenüber Investoren gewinnen können, wenn sie der Meinung sind, dass die Investorenpläne der örtlichen Gemeinschaft nicht guttun. Es braucht ein Verfallsdatum für Bebauungspläne und eine staatliche Beratung für Rekommunalisierungsvorhaben. Außerdem braucht es eine Staatsaufgabe Kultur und die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

» Im Industriemuseum der Stadt Brandenburg wurde am 9. Oktober 2020 der 35-jährige Tobias Bank mit 93,4 Prozent der Stimmen von Mitgliedern aus PM, HVL und TF für den Wahlkreis 60 zur Bundestagswahl 2021 gewählt.



Mehr frisches Grün ins kräftige Rot – Carsten Preuß ist Direktkandidat für DIE LINKE im Wahlkreis 62

Um den Klimakollaps aufzuhalten, bleiben maximal zehn Jahre. Aufrüstung, kriegerische Auseinandersetzung und die soziale Spaltung nimmt weltweit zu. Hierzulande besitzen die 45 Reichsten in etwa so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Genau dieses riesige Vermögen in den Händen weniger fehlt dem Staat, für ein funktionierendes Gemeinwesen mit Gesundheitswesen, Bildung, Verwaltung, ÖPNV, Polizei, Umweltschutz.

Zudem führen die riesigen Vermögen in den Händen weniger dazu, dass dadurch wenige Menschen sich enorme Macht kaufen können. Das gefährdet auch die Demokratie.

Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen wir einen wirklichen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Wir müssen Treiber der Reformen in der Gesellschaft sein, die jenseits von universeller Konkurrenz, grenzenlosem Wachstum oder Umweltzerstörung sind. Es wird immer klarer, dass das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ökologisch blind ist, unglaubliche Ungerechtigkeit produziert und gelenkt wird von perversen Finanzstrukturen.

Die Corona-Krise hat gezeigt, was

und wer im öffentlichen und sozialen Leben wirklich systemrelevant ist. Der Umgang mit der Pandemie zeigt, dass die Bürger*innen bereit sind für Veränderungen. Für eine bessere Bildung, für ein Gesundheitssystem in öffentlicher Hand, für einen sozial verträglichen und ökologischen Umbau, für regionale Kreisläufe, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum und für eine bedarfsdeckende Finanzausstattung der Kommunen.

Diese enormen Herausforderungen sind die Gründe, warum ich mich politisch stärker einbringen will. Ich will die LINKE im Bundestag dabei unterstützen, diesen sozial-ökologischen und gerechten Gesellschaftswandel zu gestalten.

Ich wurde 1962 in Luckenwalde geboren, bin verheiratet, habe einen 19-jährigen Sohn und wohne in Zossen. Ich habe Landwirtschaft gelernt und studiert und bin seit vielen Jahren im Umweltamt der Kreisverwaltung TF tätig. 2018 und 2019 war ich Mitglied der Linksfraktion im Brandenburger Landtag. Mit 92,5 Prozent wurde Carsten Preuß von Mitgliedern der LINKEN aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz als Direktkandidat gewählt.

» Mit 92,5 Prozent wurde Carsten Preuß von Mitgliedern der LINKEN aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz als Direktkandidat gewählt.

Mitgliederbrief

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten,

Die Corona-Pandemie hat unser gesellschaftliches Leben stark beeinflusst. Auch der Kreisvorstand unserer Partei musste die Arbeit neu organisieren. Die Funktionsträger unserer Partei, das sind die Abgeordneten des Kreistages, der Kommunen, die Ehrenamtlichen in den Vereinen, Ausschüssen und Verbänden leisten gerade in dieser angespannten Zeit eine engagierte und prägende Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger.

Dass die Infektionsrate mit dem Coronavirus in Ostdeutschland vergleichbar sehr gering ist, ist sicher auch im disziplinierten und solidarischen Verhalten der Menschen begründet. Die sachdienlichen Maßnahmen des Landkreises

mit der LINKEN-Landrätin und der 1. Beigeordneten an der Spitze leisten dazu eine beispielgebende logistische Krisenarbeit.

Die Pandemie ist noch lange nicht überwunden. In der vor uns liegenden Herbst- und Winterzeit wird das Infektionsrisiko sicherlich noch steigen. Viele Genossinnen und Genossen gehören auch zu den Risikogruppen. Wir müssen uns deshalb in unserer Parteiarbeit so verhalten, dass wir den Kontakt zwischen den Genossinnen und Genossen sowie zu unseren Freundinnen und Freunden aufrechterhalten können, ohne die Hygiene-Bestimmungen leichtsinnig zu missachten.

Unser Kreisverband wird einige Veranstaltungen nach 2021 verschieben. Wir gehen davon aus, dass dieses Vorgehen eure Zustimmung hat. In einer Zeit, in der rechtes und faschistisches Gedankengut sich fast unbehelligt ausbreiten kann, in der

die Regierungsverantwortlichen nur halbherzig dagegen wirksam werden, ist es umso wichtiger, dass wir den solidarischen Zusammenhalt zwischen uns weiter stärken. Wenn ihr ein Anliegen, ein Problem habt oder auch nur das Gespräch sucht, wendet euch bitte vertrauensvoll direkt an die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN (Tel. 03371/632267), sie organisiert einen Kontakt.

Wir setzen alles daran, dass in unserem Kreis weiterhin linke Politik prägend bleibt. Dazu brauchen wir den Zusammenhalt und die Mitarbeit aller Genossinnen und Genossen und der Gleichgesinnten für ein solidarisches Zusammenleben.

Bleibt gesund und haltet die Hygieneregeln ein.

Mit sozialistischen Grüßen
Felix Thier, Kreisvorsitzender

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

10. Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl

24.10.2020, 10 Uhr
Klubhaus Ludwigsfelde

Bundesparteitag in Erfurt

30.10.-1.11.2020
(Corona bedingt nicht öffentlich)

Sitzung des Regionalvorstandes TF Süd

3.11.2020, 19 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Mitgliederversammlung OV

Blankenfelde-Mahlow: Auswertung Bundesparteitag und Kandidatenaufstellung Bundestagswahl
7.11.2020, 10 Uhr
Bürgerhaus Dahlewitz

Beratung Redaktion Linksblick

18.11.2020, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

18.11.2020, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Roter Treff mit der LAG Kommunalpolitik Brandenburg

28.11.2020, 14-18 Uhr
Kulturquartier Mönchenkloster
Jüterbog

Sitzung des Regionalvorstandes TF Süd

3.12.2020, 19 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Jahresabschluss Regionalvorstandes TF Süd

11.12.2020, 15 Uhr
Schmied zu Jüterbog

Jahresabschluss OV Blankenfelde-Mahlow

11.12.2020, 18 Uhr
Details kommen mit einer Einladung

Bericht über das Politfrühstück in Mahlow

Nach längerer Corona-Pause veranstaltete der Ortsverband Blankenfelde-Mahlow am 29. August ein Politfrühstück unter sonnig-freiem Himmel, an dem 15 Genoss*innen und Sympathisant*innen unserer Partei teilnahmen.

Bei lecker Gegrilltem und Musik tauschten wir uns über aktuelle kommunalpolitische Themen wie beispielsweise den endlich von der Gemeindevertretung gefassten Beschluss zum Bau einer zusätzlichen Kindertagesstätte in der Richard-Wagner-Chaussee, die aufgrund

der vielen dauerparkenden Pkw sehr schwierige Verkehrssituation im Jühnsdorfer Weg, die bisherigen Ergebnisse des seit längerem laufenden Diskussionsprozesses zu einem Integrierten Gemeindeentwicklungskonzept und den aktuellen Antrag unserer Fraktion in der Gemeindevertretung auf Schaffung der Stelle einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in Vollzeit aus. Wir danken allen Teilnehmer*innen für ihre diskussionsfreudige Beteiligung.

Alexander Fröhlich



Klatschen reicht nicht!



Am 23. August fand in Ludwigsfelde die Demonstration »Danke heißt mehr Geld! Nicht Klatschen – Kämpfen« für systemrelevante Berufe statt. An der von Tobias Lübbert

organisierten Demonstration nahmen neben der Linksjugend [solid] Teltow-Fläming und der LINKEN auch die Grüne Jugend, Ver.di, Die PARTEI, SPD und Jusos teil. Ziel der

Demo, an der etwa 50 Personen teilnahmen, war es, ein Zeichen für all jene Berufe zu setzen, die während des Coronalockdown unsere Gesellschaft am Laufen hielten. Egal ob Pfleger*innen, Verkäufer*innen, Erzieher*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen, Müllwerker*innen oder die Mitarbeiter*innen im ÖPNV: Alle trugen und tragen tagtäglich einen sehr wichtigen Anteil zu unserer Gesellschaft bei. Und genau deswegen ist es nun mehr als wichtig, mit den Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes für ihre Rechte und eine bessere Bezahlung kämpfen!
Norbert Müller (MdB) meinte dazu: »Es liegt jetzt an uns unseren Nachbarn, Freunden und Bekannten klar zu machen, dass Sie ihren Frust über ausfallende Busse und geschlossene Bürgerämter nicht an den Kolleg*innen des öffentlichen Dienstes auslassen dürfen sondern diese in Ihrem Streik unterstützen sollen.« Nur so könne die Gesellschaft gerechter werden.

Auch Lübbert fragte, wer die wahren Helden der Gesellschaft seien. »Sind es die Fußballer, der Autokonzernmanager oder der Banker? Oder sind es doch eher die bereits genannten »Coronahelden«?
Markus Hoffmann-Achenbach (ver.di) warb ebenso für die Unterstützung der Streikenden durch die anwesenden Parteien und die restliche Bevölkerung. Das Angebot der Arbeitgeber*innen, zum Nulltarif weiter zu machen sei keinesfalls hinnehmbar und man bereite sich bereits auf große und lange Arbeitskämpfe vor. Wer in der Krise seine Gesundheit aufs Spiel setzt hat entsprechend gewürdigt zu werden, so Hoffmann-Achenbach.
Die Linksjugend [solid] Teltow-Fläming ruft daher hiermit Jede*n dazu auf, sich mit den Streikenden zu verbünden und ein Zeichen zu setzen für mehr Wertschätzung für die wirklich wichtigen Berufe.

**Linksjugend [solid]
Teltow-Fläming**

Gedenken an die Opfer des Faschismus

Am 12.9.2020 wurde in Großbeeren der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Hierzu gab es zunächst am Denkmal für die Opfer des Faschismus, welches direkt am Ort des Massengrabes errichtet wurde, Kranzniederlegungen und Reden. Anschließend wurde noch auf dem Friedhof und am Ort des Durchgangslagers Großbeeren selbst den Opfern gedacht.
Jedem der Anwesenden war bewusst, was der Holocaust bedeutete und welche Verbrecher ihn verursachten. Dass die geistigen Nachfolger jener Verbrecher sich nun wieder zu einem starken Gegner der Menschheit empor schwingen ist in Anbetracht der 1.300 Menschen unterschiedlichster Nationen, die allein in Großbeeren ihr Leben ließen, umso erschreckender. Und doch kann der Tag als Gedenken mit wenig Wissen bezeichnet werden. Nicht nur, dass ich selbst gestehen muss, vom Lager in Großbeeren (im Gegensatz zu Auschwitz, Sachsenhausen und Co.) vorher nie etwas gehört oder gewusst zu haben. Auch Großbeeren's Bürgermeister Borstel (SPD) stellte in seiner Rede fest, wie froh die aktuellen Generationen sein können, dieses Leid

nie selbst erlebt zu haben und nicht aus eigener Erfahrung, sondern nur durch Geschichten zu wissen, wie es damals war. Hunderte der Opfer kamen als Kriegsgefangene nach Großbeeren und sahen ihre Heimat nie wieder. Weder zu Lebzeiten noch im Tod. Es ist ein sehr beklemmendes Gefühl zu wissen, dass man in der Gedenkstätte auf den alten Kiesgruben und damit auf den Massengräbern der Opfer des Faschismus steht. Näher am dunkelsten Teil der Weltgeschichte ist man wohl selten. Auch die Gesandte der Russischen Botschaft machte mit Ihrer Rede auf den Heimatverlust und die dunklen Jahre der Geschichte aufmerksam. Sie betonte, dass es unsere, die jun-

ge, Generation sei, die die Möglichkeit besäße die Welt zu verändern. Wir können uns nachhaltig befrieden! Umso nachdenklicher lassen einen dann noch die Geschichten der älteren Großbeereener*innen werden, wie früher Kinder in den Ruinen des Lagers spielten, von dem heute nur noch die Fundamente nebst einer Erinnerungsfläche im Wald zu erkennen ist. Die Kinder waren unwissend. Doch wir dürfen es nicht sein! Es muss alles dafür getan werden, dass diese schreckliche Zeit nicht vergessen wird und die Vision einer befriedeten Welt nicht nur eine Vision bleibt.

Tobias Lübbert



Die Gesandte der Russischen Botschaft während ihrer Rede. Foto: T. Lübbert

Erinnerung an eine aktive Internationalistin

Am 11. Juni 2020 verstarb unsere **Genossin Gertraude Schenk** kurz vor Vollendung ihres 86. Lebensjahres. Sie hatte jahrzehntelang den Kreisverband der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft geleitet und diese Freundschaft mit Leben erfüllt.
In der »Wende« bereiteten sie und andere Freunde den russischen Soldaten einen würdigen Abschied. Gertraude lebte den Freundschaftsgedanken. Wir gedenken besonders Gertraudes politischer Arbeit im Sinne von Frieden und Völkerverständigung. In diesem Sinne werden wir weiterhin arbeiten.

**DIE LINKE. Kreisverband
Teltow-Fläming
DIE LINKE. Stadtverband
Luckenwalde**



Die Gefahr eines Atomkrieges wächst

Während des »Kalten Krieges« befand sich die Welt mehrfach am Rande eines Atomkrieges. Der bekannteste Fall ist die so genannte »Kubakrise« im Jahr 1962, die sich aus der schrittweisen Stationierung nuklearer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in England, Italien und der Türkei und der daraufhin beabsichtigten Stationierung nuklearer sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba entwickelte. US-Präsident Kennedy drohte damit, er werde notfalls Atomwaffen einsetzen, um dies zu verhindern. Die Sowjetunion verzichtete letztlich auf ihr Vorhaben.

Ein Atomkrieg kann sich nicht nur durch eskalierende zwischenstaatliche Konflikte, sondern auch aufgrund technischer Fehler oder menschlicher Fehlinterpretation von Daten ereignen. Es gibt fünf bekannt gewordene Fälle aus dem »Kalten Krieg«, in denen militärisches Führungspersonal höchstens zehn Minuten Zeit hatte, um zu erkennen, dass es sich bei dem gemeldeten nuklearen Erstschlag um einen Fehlalarm handelte. Dass es zu keinem nuklearen »Vergeltungsschlägen« kam, grenzt an ein Wunder und verdankt sich allein den vernünftigen Entscheidungen des militärischen Personals.

Ein Atomkrieg wäre fatal. Es käme zu einer Verdunkelung der Erdatmosphäre durch megatonnenweise hinaufgeschleuderte Staubpartikel und dadurch zu einem längeren nuklearen Winter, der aufgrund seiner verheerenden ökologischen Folgen zum Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation führen würde. Die Atomkriegsgefahr ist nach dem Ende des »Kalten Krieges« nicht gebannt. Auch nach dem Zerfall der Sowjetunion sind die USA und Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion jene Staaten mit den meisten Kernwaffen. Derzeit entfallen von den weltweit 13.400 Atomwaffen je etwa 6.000 auf die USA und Russland.

Besorgniserregend ist zudem, dass die amtierende rechtsextreme US-Regierung unter

Donald Trump sowohl aus dem Vertrag über die nuklearen Mittelstreckenraketen als auch dem Vertrag über den Offenen Himmel ausgestiegen ist und die seit 2018 geltende US-Nukleardoktrin den Einsatz von Nuklearwaffen ausdrücklich als Mittel der Kriegsführung auch gegen Nicht-Atomstaaten vorsieht.

Aufgrund der sich verschärfenden imperialistischen Konkurrenz zwischen den Atommächten USA, China und Russland stehen die Zeichen auf weitere Anspannung und Aufrüstung.

Auch Deutschland ist durch die so genannte »nukleare Teilhabe« Teil dieses spannungsgeladenen Gesamtbildes. In einem unterirdischen Sondermunitionsbunker des Bundeswehr-Fliegerhorstes im rheinland-pfälzischen Büchel lagern noch immer taktische US-Atombomben, die im Ernstfall von Bundeswehr-Tornados ins Ziel gebracht würden.

Die internationale Nichtregierungsorganisation »Bürgermeister für den Frieden« kämpft seit dem Jahr 1982 für ein weltweites Verbot aller nuklearen Waffen. Ihr gehören derzeit 7.833 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern an, darunter auch die Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Am Mellensee.

In den letzten Jahren engagierte sich die Organisation für einen Atomwaffenverbotsvertrag, der schließlich im Juli 2017 von der UN-Vollversammlung angenommen und bisher von 84 Staaten unterzeichnet wurde – darunter jedoch kein einziger Atomstaat. Auch Deutschland hat ihn noch nicht unterzeichnet.

Lasst uns bitte dafür streiten, dass in den kommenden Monaten alle Kommunen unseres Landkreises und auch der Landkreis selbst Mitglied dieser Organisation werden, um ein deutliches Zeichen an Bundesregierung und Bundestag für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages auszusenden.

Alexander Fröhlich,
Blankenfelde-Mahlow



Maritta Böttcher

◀ Zum diesmaligen **Roten Treff** wurde auf Wunsch unserer Mitgliedschaft im Regionalverband Teltow-Fläming Süd Dr. Wolfram Adolphi eingeladen, seines Zeichens Journalist und Politikwissenschaftler. Er informierte und diskutierte mit uns kritisch über China, dessen Rolle in der Weltpolitik und globale Zusammenhänge. Dabei wurden natürlich auch Konflikte nicht ausgeklammert, Stichwort China und USA, China und Indien, Huawei, Lage der Uiguren, Hongkong, Taiwan, ... Ein interessanter und kurzweiliger Nachmittag, welcher im Jüterboger Kulturquartier Mönchenkloster, genauer gesagt in der dortigen Sakristei, stattfand.

Maritta Böttcher, Jüterbog

L E S E U L E



»Mit einer Flügeltür ins Freie fliegen«

Dieser Titel setzte beim Lesen sofort meine Fantasie in Bewegung ... und meine Gedanken brachten mich zum märchenhaften »Fliegenden Teppich«. Als ich die Autorennamen Anna Seghers und Achim Roscher las, war meine Neugierde geweckt.

Schriftsteller*innen beurteilen wir Lesenden nach ihren literarischen Werken. Je nach Interesse bevorzugen die einen Sachbücher, andere Krimis oder historische Romane. Die Kunst der Dramatik oder des Dichtens findet auch ihre Liebhaber.

Von Anna Seghers Werk hat mich am meisten „Das siebte Kreuz“ beeindruckt. Deshalb weckte Roschers Sachbuch zu Leben und Werk von Anna Seghers meine Neugier. Achim Roscher verfasste in akribischer Kleinarbeit ein Werk, das die Leistungen von Anna Seghers würdigt und die Autorin uns Leser*innen vertraut macht.

Dieses Sachbuch konnte nur entstehen, weil Achim Roscher, 1952 Mitbegründer der Zeitschrift »Neue Deutsche Literatur«, später bis 2003 in verschiedenen Funktionen der Redaktion tätig, als enger Vertrauter von Anna Seghers Gespräche und Telefonate auf Tonband aufgezeichnet hatte, natürlich mit Erlaubnis der Autorin. So entstand ein einmaliges Dokument deutscher Literaturgeschichte. Die Gespräche und Telefonate sind in chronologischer Reihenfolge wiedergegeben, auch mit Fußnoten zu Personen und Ereignissen, mit denen jüngere Leser*innen sich weniger auskennen. Mich faszinierte u. a., wie Anna Seghers als Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR so manche politische Blockade seitens des ZK der SED umging und junge Autor*innen bei der Veröffentlichung ihrer Werke unterstützt hatte. Mit Achim Roscher sprach sie offen und unverblümt über ihre Fragen und Probleme. Dabei wurde deutlich, dass die gebürtige Mainzerin bis ins hohe Alter bestimmte Redewendungen des Mainzer Dialekts in ihrer Alltagssprache gebrauchte. Aus den Gesprächen ergeben sich für den Lesenden viele Hinweise auf wichtige Ereignisse ihrer Biografie, die auch vielen Anregungen für ihr Schreiben führten.

Ich fand viele Textstellen mit Aha-Erlebnis – eine lohnenswerte Lektüre, um eine der bedeutendsten DDR-Autorinnen genauer kennenzulernen und Einblicke in die DDR-Literatur zu erhalten.

Der Buchtitel »Mit einer Flügeltür ins Freie fliegen« war ein Wunsch von Anna Seghers: ein Haus mit Flügeltür zur Terrasse – es blieb ein Wunsch. Wir ehren sie am 19. November anlässlich ihres 120. Geburtstages.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Achim Roscher, Anna Seghers
Mit einer Flügeltür ins Freie fliegen.
Gespräche

192 Seiten, geb. mit Abb., 20 Euro
ISBN 978-3-355-01884-5

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 5. Oktober 2020
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100 % Recycling
Auflage: 1.800, Oktober 2020
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Reden über Philosophie, Kunst und Politik:



Anja Mayer besuchte am 15.9.2020 mit Carsten Preuß und Max Reimann die Ausstellung »Die Farben des Krieges« mit Werken von Steffen Blunk in der Neuen Galerie des Landkreises Teltow-Fläming in Wünsdorf-Waldstadt.

Schön war, dass Steffen Blunk sich die Zeit genommen hat durch die Ausstellung zu gehen. In den Gesprächen ging es hauptsächlich um die Werke, die gezeigt werden, aber auch um die aktuelle Situation der bildenden Künstler*innen in Zeiten der Pandemie.

Steffan Blunk warb dafür, die Bildende Kunst hinsichtlich der

Förderung nicht der Kreativwirtschaft zuzuordnen, sondern das bildende Künstler*innen eine viel weitergehende Künstlerförderung brauchen. Im Konjunkturpaket der Bundesregierung wird der Kunstbetrieb weniger berücksichtigt als andere Kulturbranchen. Zu einer wichtigen Form der Kulturförderung gehören auch öffentliche Galerien wie die Neue Galerie des Landkreises. Deren Bestand gerät jedoch immer wieder in Gefahr.

Zudem ist die öffentliche Wahrnehmung des Kunstbetriebs oft von Auktionsrekorden geprägt.

Dabei können letztlich 95 Prozent der Künstler*innen nicht von ihrer Kunst leben, was jedoch bei weitem nicht bedeutet, dass das an der Qualität der Kunst liegt.

Die Ausstellung mit den Werken von Steffen Blunk wird im Rahmen des Themenjahres »KRIEG und FRIEDEN. 1945 und die Folgen in Brandenburg – Kulturland Brandenburg 2020« gezeigt.

Aber das Thema Krieg, Gewalt und Tod ist nur der eine Teil der Aus-

stellung – Liebe, Zärtlichkeit, Erotik sind der andere Pol des menschlichen Lebens, die sich auch in Steffen Blunks Bildern gegenüber stehen.

Beiden Themen nähert er sich zunächst auf ähnliche malerische Weise: die in altmeisterlicher Lasurtechnik auf Holz gemalten Ölbilder werden mit Stechbeitel und Hammer so bearbeitet, dass an Stelle der Menschen abstrakte Flächen mit ganz unterschiedlicher Wirkung entstehen.

In der Diskussion mit dem Künstler ging es nicht nur um die Farben des Krieges, sondern auch um die veränderte Bildsprache der in den letzten Jahren in den Medien veröffentlichten Fotos. Waren es beispielsweise im Vietnamkrieg noch Fotos von gescheiterten und entkräfteten Soldaten, sind es heute zunehmend Heldenfotos des Krieges, die von ausgewählten Fotografen gemacht werden. Eine beängstigende Entwicklung.

Carsten Preuß, Zossen

Besuch in der Waldbrandzentrale Süd

Anja Mayer besuchte am 15.9.2020 mit Carsten Preuß die Waldbrandzentrale Süd in Wünsdorf. In der Waldbrandzentrale Süd in Wünsdorf überwachen Forstwirtschaftler*innen die Daten, die das System FireWatch, eine automatisierte und flächendeckende Waldbrandfrüherkennung in Brandenburg, an die Zentralen liefert. Von den 106 Sensoren in Brandenburg liefern rund 60 davon die Daten in die Zentrale-Süd nach Wünsdorf. Von hier werden die Waldflächen der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Oder-Spree und Märkisch-Oderland beobachtet.

Die Sensoren können Rauch schnell erkennen. Entdeckt die Software so eine Rauchwolke, schlägt das System Alarm und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überprüfen die Daten. Sie gehen der Frage nach, ob es sich um Staub, Wasserdunst oder Rauch handelt und wo sich die Fläche genau befindet.

Der technische Fortschritt ermöglicht die Reduzierung der Anzahl der Waldbrandzentralen. Künftig werden die eingehenden Sensordaten in

zwei Zentralen im Land Brandenburg – an den Standorten der Verwaltungszentren in Eberswalde und Wünsdorf – ausgewertet. Wünsdorf ist bereits fertiggestellt, Eberswalde folgt 2021.

Von den 280 Bränden, die es in diesem Jahr insgesamt im Überwachungsgebiet der Brandschutzzentrale Wünsdorf gab, wurde gut die Hälfte zuerst durch die Sensoren entdeckt. Die anderen haben Menschen vor Ort der Feuerwehr gemeldet. Das zeigt, dass die Zentrale ein Grundstein dafür ist, dass Feuer schnell gelöscht werden können.

90 Prozent der Brände entstehen ab der Waldbrandgefahrenstufe III. Daher wird die Waldbrandzentrale auch erst ab dieser Gefahrenstufe besetzt.

In diesem Jahr gab es in Brandenburg bisher 280 Brände. Das sind im Vergleich zu den beiden Vorjahren weniger Brände und zudem ist weniger Fläche betroffen. Einen Großbrand gab es im Moorgebiet Loben im Landkreis Elbe-Elster, der etwa 100 ha Wald vernichtet hat. 2018 gab es in Brandenburg 491 Brände auf einer Gesamtfläche von 1.663,7 ha

und 2019 gab es 417 Waldbrände in Brandenburg auf 1.352 Hektar. Von den bislang 280 Bränden im Jahr 2020 waren 182 im Südbrandenburg. Der Süden Brandenburg leidet besonders unter den Klimafolgen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind nun bei allen Baumarten sichtbar geworden. Die durch Trockenheit geschädigten Bäume sind anfälliger gegen Pilzbefall und Schadinsekten geworden und stellen ein höheres Brandrisiko dar. Auch für die märkische Kiefer ist die Gefahr durch Klimaveränderungen groß. Mehr als ein Drittel der Waldfläche (37 Prozent) ist deutlich geschädigt – das sind 26 Prozent mehr als 2018. Lediglich 14 Prozent der Waldfläche sind gesund. Wir müssen den Umbau hin zu mehr naturnahen Laubmischwäldern vorantreiben. Das ist auch eine Maßnahme des vorbeugenden Brandschutzes.

Diskutiert wurde auch die derzeit laufende Evaluierung des Landesbetriebs Forst Brandenburg. Wichtig ist die schnelle Besetzung der unbesetzten Stellen.

Carsten Preuß, Zossen